



## **Alternativantrag**

der Fraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen

zu „Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren zügig auf den Weg bringen“ (Drucksache 20/1613)

### **Erkenntnisse des Normenscreenings umsetzen und Beschleunigungspotenziale nutzen**

Der Landtag wolle beschließen:

Die zügige Realisierung von Infrastrukturprojekten und Großplanungen ist von elementarer Bedeutung, um die Entwicklungschancen Schleswig-Holsteins zu nutzen und die ambitionierten Ziele der Energie- und Mobilitätswende einzuhalten. Die Potenziale in Schleswig-Holstein werden maßgeblich durch die Transformation zu einem wirtschaftsstarken und klimaneutralen Industrieland geprägt. Zu häufig wird die Realisierung wichtiger Projekte u.a. durch langwierige Planungs- und Genehmigungsverfahren verzögert. Daher bedarf es einer umfassenden Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren.

Der Landtag begrüßt, dass die Landesregierung im Rahmen eines umfassenden Normenscreenings eine Vielzahl von Bundes- und Landesgesetzen überprüft hat. In dem vorgelegten Bericht wurden Beschleunigungsmöglichkeiten identifiziert und Wege zur Umsetzung aufgezeigt. Dies umfasst u.a. Vorhaben zur Gewährleistung einer leistungsfähigen und zukunftsweisenden Verkehrsinfrastruktur bis hin zu Projekten zur Realisierung der Energiewende. Die Umsetzung der in dem Bericht genannten Maßnahmen würde zu einer immensen Beschleunigung der jeweiligen Projekte führen und einen deutlichen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Mehrwert darstellen. Darunter sind neben der vollständigen Verfahrensdigitalisierung u.a. folgende Punkte von besonderer Bedeutung:

- die Festlegung eines überragenden öffentlichen Interesses einzelner ausgewählter Vorhaben,
- die Freistellung von einem Planfeststellungserfordernis bei Bagatellmaßnahmen,

- die maßvolle Begrenzung von UVP-Vorprüfungen im Einzelfall und
- Stichtagsregelungen für die maßgebliche Sach- und Rechtslage der behördlichen Zulassungsentscheidungen.

Der Landtag bittet die Landesregierung sich weiterhin auf Bundesebene, auf Grundlage der im Bericht genannten Punkte, für die weitere Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren einzusetzen.  
Sollte die Bundesregierung eine unionskonforme Ausgestaltung der materiellen Präklusion finden, unterstützen wir diese als Land.

Der Landtag begrüßt, dass wesentliche Punkte auch in dem zwischen Bund und Ländern vereinbarten Pakt zur Beschleunigung von Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsverfahren enthalten sind und fordert, dass die vereinbarten Maßnahmen schnellstmöglich umgesetzt werden

Lukas Kilian  
und Fraktion

Silke Backsen  
und Fraktion